

Debatte um Kiesabbau am Niederrhein

Aktuelle Stunde zu Plänen des Regionalverbands Ruhr

27. Januar 2022 – Der Landtag hat über den neuen Regionalplan für das Ruhrgebiet und Teile des Niederrheins debattiert, den der Regionalverband Ruhr (RVR) zuvor öffentlich ausgelegt hatte. Der Aktuelle Stunde lag ein Antrag der Grünen-Fraktion zugrunde.

Durch den Regionalplan würden Flächen für Wohnen, Gewerbe, Naturschutz, Wälder und Rohstoffabbau in der Region für die nächsten 15 bis 25 Jahre festgelegt, schreiben die Grünen in ihrem Antrag (17/16345). Demnach sollen die möglichen Kies- und Sandabbaugebiete am Niederrhein von jetzt 1.200 auf 1.500 Hektar ausgeweitet werden. Sorge und Unmut in der Bevölkerung und bei Akteuren des Umweltschutzes seien groß. „Schon jetzt verschwinden in der Region für den Abbau von Sand und Kies immer mehr wertvolle Ackerflächen und Wiesen.“

Menschen vor Ort befürchteten einen „schleichenden Verlust von Heimat“, sagte **Norwich Rübe** (Grüne). „Die Verwandlung der Landschaften am Niederrhein in eine Art Schweizer Käse mit Kieslöchern muss ein Ende finden.“ Die Landesregierung nehme aber „überhaupt keine Rücksicht auf Umwelt und Natur“ und habe mehr Abbauflächen zur Verfügung gestellt – etwa durch Änderungen im Wasserschutzgesetz sowie im Landesentwicklungsplan. Es entstehe der Eindruck: „Hier bestellt die Kieslobby und die schwarz-gelbe Landesregierung in Düsseldorf liefert die entsprechenden Flächen für neue Kieslöcher.“

Lange habe es einen „zeit- und kostenintensiven Diskurs“ zum Regionalplan gegeben, der zu keinem Konsens geführt habe, sagte **Dr. Anette Bunse** (CDU). Im Rahmen eines gesetzlichen Abwägungs- und Meinungsabgleichsverfahrens sei schließlich ein zweiter

Entwurf erarbeitet worden, bei dem Einwände einer ersten Beteiligungsrunde berücksichtigt worden seien. Die Grundlage für Abbauflächen habe jedoch die rot-grüne Vorgängerregierung mit Änderungen im Landesentwicklungsplan geliefert. „Dieses Konstrukt stammt aus Ihrer Feder“, sagte Dr. Bunse in Richtung SPD- und Grünen-Fraktion.

„Weg aus ungezügelterm Abbau“

CDU und FDP hätten den Versorgungszeitraum willkürlich von 20 auf 25 Jahre erhöht, sagte **René Schneider** (SPD). Schon in einer Plenardebatte 2019 habe er nach den Gründen gefragt. Einem Industriezweig sei so ein Vierteljahrhundert Sicherheit gegeben worden – „25 Jahre, in denen die Kiesindustrie nicht über eine Anpassung ihres Geschäftsmodells nachdenken muss, weil Kies und Sand billig zu haben sind“. Dies sei ein Fehler und führe „nicht zu Innovationen im Baustoffbereich“, sagte Schneider. Es sei erforderlich, „endliche Rohstoffe sparsamer zu fördern“ und einen „Weg aus dem ungezügelterm Abbau von Kies und Sand“ zu finden.

SPD und Grüne hätten keine Alternative zum Kies- und Sandabbau genannt, hielt **Jörn Freynick** (FDP) seinen Vorrednern entgegen. Für Fahrradwege und Windräder brauche man Kies und Sand, ebenso für den Bau bezahlbaren Wohnraums und die Sanierung von Häusern. Würde weniger abgebaut, stiegen die Preise

„ins Unermessliche“. „Natürlich ist Kies- und Sandabbau nichts Schönes“, sagte Freynick. Es belaste die Menschen vor Ort. Bestehende Löcher sollen daher bis zum Grund ausgeschöpft werden, damit neue erst später geschaffen werden müssen. Die Landesregierung habe die Interessen der Region im Blick.

Christian Loose (AfD) warf der Grünen-Fraktion „wirtschaftspolitisches Irrlichtern“ vor. Sie setze bei Rohstoffen auf eine Politik der Verknappung zulasten der Bürgerinnen und Bürger. Die Rohstoffe Kies und Kiessand würden beispielsweise für die Betonherstellung benötigt. Beton komme zum Einsatz u. a. beim Bau von Wohnungen, Brücken und dem von den Grünen geforderten Ausbau von Windkraftanlagen. Wenn der Abbau von Kies und Kiessand begrenzt werde, sei nicht mehr genug für alle da. Die Grünen müssten daher „in der Realität“ ankommen.

Wirtschaftsminister **Prof. Dr. Andreas Pinkwart** (FDP) begrüßte die Entscheidung des RVR. Sie sei ein wichtiger Baustein, die Gewinnung von Kies und Kiessand zu sichern, entspreche den Vorgaben des Landesentwicklungsplans und stelle eine verlässliche Planung für alle Beteiligten dar. Alle Bereiche, die als Abbaugelände vorgesehen seien, seien einer detaillierten Umweltprüfung unterzogen worden. Der Minister betonte auch, dass Kies und Kiessand benötigt würden, um die Aufgaben der Zukunft zu erledigen, darunter die Energiewende und der Wohnungsbau.

tob, zab, wib



Kieswerk in Voerde am Niederrhein
Foto: Imago/Rupert Oberhäuser